

Antrag 113/I/2025**FA VII - Wirtschaft, Arbeit, Technologie****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****erledigt durch 24/II/2025 (Konsens)****Sozial, klimafreundlich, wirtschaftlich - Ein integriertes Stadtwerk für Berlin**

1 Präambel:
2 Für die Bürger*innen und Unternehmen da sein ist ein
3 zentrales Anliegen sozialdemokratischer Stadtpolitik. Da-
4 zu gehören elementare Leistungen der Daseinsvorsorge,
5 wie zum Beispiel die Trinkwasserversorgung oder die En-
6 ergieversorgung.

7
8 Dass in diesem Feld seit mehreren Jahren bereits Bewe-
9 gung ist, zeigen unter anderem der erfolgreiche Volksent-
10 scheid 2011 zur Rekommunalisierung der Wasserbetriebe,
11 der 2013 knapp gescheiterte "Volksentscheid über die Re-
12 kommunalisierung der Berliner Energieversorgung", die
13 2014 gegründeten Berliner Stadtwerke als kommunaler
14 Elektrizitätsversorger, die Arbeit der Enquete-Kommission
15 "Neue Energie für Berlin – Zukunft der energiewirtschaft-
16 lichen Strukturen" des Abgeordnetenhauses in den Jah-
17 ren 2014 und 2015, sowie die Rekommunalisierung des
18 Stromnetzes im Jahr 2021 und des Fernwärmenetzes im
19 Jahr 2024. Daher begrüßen wir ausdrücklich, den Weg der
20 Rekommunalisierung weiter zu verfolgen, um faire und
21 stabile Preise für Grundgüter, Versorgungssicherheit, Be-
22 darfsorientierung und damit eine sozial gerechte Wende
23 zur Klimaneutralität zu gewährleisten.

24
25 Allerdings bedarf es nicht nur weiterer Rekommunalisie-
26 rungen, sondern vor allem auch einer Neustrukturierung
27 der bereits in öffentlicher Hand befindlichen Bereiche der
28 städtischen Versorgung. Wie der Beteiligungsbericht 2023
29 der Senatsverwaltung für Finanzen zeigt, sind die Landes-
30 beteiligungen im Bereich der Energie- und Wasserversor-
31 gung teilweise in Parallelstrukturen auf Unternehmen un-
32 terschiedlicher Rechtsformen mit entsprechenden Effizi-
33 enzverlusten verteilt: So sind etwa die Berliner Wasserbe-
34 triebe eine Anstalt des öffentlichen Rechts, die BEW Ber-
35 liner Energie und Wärme ist eine Aktiengesellschaft und
36 die Berliner Stadtwerke als Tochtergesellschaft der Berli-
37 ner Wasserbetriebe sind eine GmbH.

38
39 Die Zusammenführung von Bereichen der städtischen
40 Versorgung innerhalb einer gemeinsamen Struktur ist
41 nicht nur, aber insbesondere in Bezug auf die Transfor-
42 mation der Energie- und Wärmeversorgung von enor-
43 mer Wichtigkeit, denn die Herausforderungen in diesem
44 Bereich, insbesondere die Erreichung der Klimaneutrali-
45 tät, machen eine enge Zusammenarbeit aller Akteur*in-
46 nen notwendig und "Reibungsverluste" durch hinderliche
47 Strukturen sind ein vermeidbares Hindernis.

48

LPT I-2025: Vertagung auf LPT II-2025

- 49 Der Landesparteitag möge daher beschließen:
50 Die Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin und die sozialdemokratischen
51 Mitglieder des Berliner Senats werden aufgefordert, die
52 Gesamtstrategie der Daseinsvorsorge hinsichtlich der
53 Schaffung eines integrierten Stadtwerkes zu prüfen und
54 sich damit für die Stärkung der kommunalen Daseinsvorsorge in Berlin einzusetzen. Dies umfasst konkret:
55
56
57
- 58 1. die Entwicklung langfristiger Unternehmensziele
59 für ein Berliner Stadtwerk als Holding über verschiedene Tochterunternehmen, die gemäß dem gesetzlichen Erfordernis des "Unbundling" rechtlich getrennt nach den Bereichen Netz, Erzeugung und Vertrieb agieren. Die Tochterunternehmen unterliegen einer fachlichen Aufsicht im Aufsichtsrat.
60
61
62
63
64
 - 65 2. den Ausbau der Fernwärme und der Auf- und Ausbau von Nahwärmenetzen inkl. kalter Nahwärmenetze sowie von Wärmespeichern in Berlin, um das Solidarprinzip in der Wärmewende durchzusetzen.
66
67
68
 - 69 3. den gemeinsamen Umbau der Wärmeerzeugung mit innovativen Mittelständlern, Energiegenossenschaften und anderen kommunalen Unternehmen. Die Netzinfrastruktur soll hingegen allein in der Hand von Wärme Berlin und ggf. anderen kommunalen Partnern liegen, der Schwerpunkt ist auf Großwärmepumpen und die Nutzung unvermeidbarer Abwärme zu legen, Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen sind stromgeführt zu fahren. Dies geschieht auf der Basis der kommunalen Wärmeplanung, die als Energieleitplanung auch die Strom- und Gasnetzinfrastruktur mit in den Blick nehmen sollte. Auflage eines speziellen Wärmefonds durch die Stadt, der als Mantel für die gezielte Infrastrukturinvestition dienen soll. Darin wird ein kommunaler Grundstock von landeseigenen Bankinstituten gehobelt. Dieser Fonds erlaubt sowohl Eigenkapital wie Fremdkapital Investitionen in die Wärme Berlin.
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
 - 88 4. die konzeptionelle Entwicklung einer Unternehmensstruktur für ein Berliner Stadtwerk in Form einer Holding, die mindestens die Bereiche Energienetze (Strom, Fernwärme) und Energieerzeugung umfasst und durch einen Aufsichtsrat überwiegend politisch, nicht unternehmerisch gesteuert wird. Dabei sollen die Bestandsunternehmen einheitlich nach Geschäftsfeldern strukturiert als Töchter unter die Holding ziehen, die diese dann geschäftsfeldbezogen steuert.
89
90
91
92
93
94
95
96
97
 - 98 5. die Prüfung, welche weiteren bereits in öffentlicher Hand befindlichen Bereiche der Daseinsvorsorge in dieser Struktur überführt werden können.
99
100
101

102 Begründung

103 Im Wahlprogramm für die Wahlen zum Abgeordneten-
104 haus 2021 steht eindeutig das Ziel eines integrierten
105 Stadtwerkes. Dies wurde jedoch im Rahmen der Koaliti-
106 onsverhandlungen 2021 mit Grünen und Linken stark ab-
107 geschwächt und findet sich auch im aktuellen Koalitions-
108 vertrag mit der CDU nur in abgeschwächter Form wieder.
109 Dabei liegen die Vorteile starker öffentlicher Daseinsvor-
110 sorge bei einem integrierten Stadtwerk auf der Hand:

- 111 1. Öffentliche Daseinsvorsorge durch ein kommunales
112 Unternehmen garantiert ein gerechtes, gesichertes,
113 hochwertiges Angebot für die Berliner Bürger*innen
114 und Unternehmen.
- 115 2. Gewinne kommunaler Berliner Unternehmen der
116 Daseinsvorsorge fließen nicht an private Investoren,
117 sondern bleiben in unserer Stadt.
- 118 3. Ein integriertes Stadtwerk ermöglicht eine bereichs-
119 übergreifende Steuerung von Betriebsabläufen und
120 gemeinsamen Dienstleistungen (Shared Services)
121 sowie die Ausschöpfung von Synergieeffekten bei
122 Planung, Bau und Wartung.
- 123 4. Politische und bürger*innenorientierte Ziele können
124 aktiv unterstützt werden, zum Beispiel bei der An-
125 passung an den Klimawandel oder der ganzheitli-
126 chen Planung neuer Stadtteile.
- 127 5. Verstärkte Identifikation der Bürger*innen mit ihrer
128 Stadt durch die Schaffung eines großen kommunala-
129 len Versorgers

130 Dass ein integriertes Stadtwerke nicht nur gut funktionie-
131 ren kann, sondern einen deutlichen Mehrwert gegenüber
132 der Zerstückelung und Privatisierung einzelner Bereiche
133 der Daseinsvorsorge bietet, zeigen die Stadtwerke Mün-
134 chen, die seit über hundert Jahren erfolgreich tätig sind,
135 nie privatisiert wurden und eine ebensolche integrierte
136 Struktur haben.